



Klare Meinung: Magdalena Martullo kann der Personenfreizügigkeit aus Wirtschaftssicht wenig Gutes abgewinnen.

Bild Olivia Icon

Kampfansage an das System, nicht an die Arbeitskräfte

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo sorgt mit einem Referat für Schlagzeilen. Jetzt erklärt sie, was Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen für Graubünden und die Ems-Chemie bedeuten.

von **Olivier Berger**

Schon der Titel lässt aufhorchen. «Die Personenfreizügigkeit zerstört den liberalen Arbeitsmarkt», nannte die Bündner SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo ihr Referat, das sie vergangene Woche an einer Medienkonferenz in Bern hielt. Die Reaktionen auf die Ausführungen waren heftig. Kritik gab es von den Präsidenten anderer Parteien. Gestern schliesslich schrieb der «Blick», auch SVP-in-

tern formiere sich Widerstand – wenn auch nur anonym.

Konkret forderte Martullo in ihrem Referat, die Personenfreizügigkeit mit der EU müsse «neu verhandelt und, wenn das nicht möglich ist, abgeschafft werden». Als Auswirkung des freien Zugangs zum Arbeitsmarkt nahm die Bündner Bundesparlamentarierin die flankierenden Massnahmen ins Visier. Aus diesen habe sich «ein umfassendes Konstrukt an staatlicher Überwachung, gewerkschaftlichem Marktkartell und die Allgemein-

verbindlichkeitserklärung von sogenannten 'Schweizer' Löhnen und Arbeitsbedingungen» entwickelt.

«Die Fakten sind tief greifend»

Die Kritik an ihren Vorschlägen nimmt Martullo gelassen. «Die Fakten sind tief greifend. Das bewegt.» Das Problem sei die unkontrollierte Personenfreizügigkeit und der damit verbundene Lohndruck. Ohne Personenfreizügigkeit brauche es gar keine flankierenden Massnahmen. «Die Per-

sonenfreizügigkeit ist besonders bei den unqualifizierten Berufen ein Problem.» Die Zuwanderer verdrängen mehr und mehr Inländer, die oft selber Ausländer seien, in die Arbeitslosigkeit. «Im Kanton Graubünden haben wir eigentlich nur Ausländer, die arbeitslos sind.» Die Arbeitslosenquote bei Schweizern liege bei 0,8 Prozent, bei Ausländern bei 4,2 Prozent.

Besonders betroffen, so Martullo, seien ausgerechnet die beiden grössten Zuwanderungsbranchen, die Gastronomie und der Bau. «In der Hotellerie liegt die jährliche Arbeitslosigkeit bei über sieben, in der Gastronomie bei vier Prozent.» Drei Viertel der Arbeitslosen seien Ausländerinnen und Ausländer.

National seien die Zahlen sogar noch dramatischer. «Da sind im Gast-

**«Wo Bedarf besteht,
sind Ausländer
willkommen.»**

Magdalena Martullo

SVP-Nationalrätin

gewerbe elf und auf dem Bau zehn Prozent der Ausländer ohne Stelle, und trotzdem wandern laufend Perso-

nen in die Schweiz ein.»

Kein Nein zu Ausländern

Martullo will deshalb zum System zurückkehren, wie es vor der Einführung der Personenfreizügigkeit Bestand hatte – gleiches verlangt auch die von der SVP Anfang Jahr lancierte sogenannte Begrenzungsinitiative. «Wir sollten nur noch ausländische Arbeitskräfte ins Land holen, wenn wir keine Inländer dafür haben», fordert sie.

Dass dadurch gerade dem Tourismus im Kanton die nötigen Arbeitskräfte fehlen, will auch Martullo nicht. «Wo Bedarf besteht, sind Ausländer willkommen», beteuert sie. «Auch die SVP hat sich immer dafür ausgesprochen.» Sie sei lediglich dagegen, «dass 500 Millionen Menschen aus Europa unkontrolliert in die Schweiz kommen können und laufend bereits Anwesende ersetzen».

Absage an die Gesamtarbeitsverträge

Auch wenn sie sie heute nicht infrage stellt: Die flankierenden Massnahmen hätten dem liberalen Arbeitsmarkt massiv geschadet, so Martullo. «Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Zahl der Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz fast verdoppelt.» Heute arbeite jeder zweite Beschäftigte in der Schweiz unter

einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV). In der Gastronomie könne deshalb die Arbeitszeit zu wenig flexibel gestaltet werden, und im Bau herrsche eine grosse Bewilligungs- und Kontrollflut. Auch der Wille des Schweizer Stimmvolks werde unterlaufen, welches sich ausdrücklich gegen allgemeine Mindestlöhne und eine Harmonisierung der Ferien auf sechs Wochen ausgesprochen habe. Die Vertragsfreiheit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern werde beschnitten.

Dass sie sich gegen Gesamtarbeitsverträge wende, sei keine Absage an die Sozialpartnerschaft, betont Martullo. «Wir haben bei Ems-Chemie seit Jahrzehnten einen gut funktionierenden Kollektivvertrag mit der Gewerkschaft Syna.» Gerade solche spezifischen, betriebsbezogenen Verträge seien wegen der Gesamtarbeitsverträge aber nicht mehr möglich. «Inzwischen sind wir sogar so weit, dass der Staat Gesamtarbeitsverträge vorschreibt. Weil die flankierenden Massnahmen das Problem nicht lösen, hat das Tessin nun eigene Auflagen wie das neue Gewerbegesetz erlassen.»

Danach könnten Bündner Unternehmer, welche einen Auftrag im Tessin ausführen möchten, nur auf Voranmeldung sowie mit Gebühren und hoher Bürokratie tätig werden. «Das geht doch nicht», findet Martullo.